

Schweiz: «Ehe für alle» sorgt in der EVP für Spannungen

Seit dem 27. April ist es amtlich: Die Schweiz wird über die «Ehe für alle» abstimmen. Die Referendumskomitees haben 61'027 gültige Unterschriften eingereicht, wie die Bundeskanzlei mitteilte.

Zum Erfolg des zustandegekommenen Referendums beigetragen haben auch zahlreiche Mitglieder der EVP. Sie stören sich daran, dass mit der Vorlage nicht nur die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet wird, sondern zudem lesbische Paare Zugang zur Samenspende erhalten.

Das sei verfassungswidrig und öffne Tür und Tor für weitere Techniken der Fortpflanzungsmedizin, heisst es in einer Stellungnahme der Partei. Diese Haltung wird jedoch nicht von allen Mitgliedern geteilt. Der Zürcher Nationalrat Nik Gugger hat bereits im Sommer 2019 die «Ehe für alle» in einer Sendung des Schweizer Fernsehens verteidigt. «Christ zu sein heisst für mich, den Mitmenschen mit Liebe und Respekt zu begegnen», sagt er. «Es käme mir nie in den Sinn, anderen meine Wertvorstellungen aufdrücken zu wollen.» Gugger versteht sich als Brückenbauer und kann Gegner wie Befürworter verstehen. Eine Partei müsse solche Spannungen aushalten, sagt er.

Weniger Verständnis zeigt der Zürcher Pfarrer Michael Wiesmann, der aus Ärger über die Unterstützung des Referendums aus der EVP ausgetreten ist. Die Partei argumentiere unsachlich und mit ideologischen Scheuklappen, kritisiert er. «Und sie wählt das gleiche Argumentarium wie die EDU. Da mache ich nicht mit.»

Welche Haltung die EVP zur geplanten Gesetzesänderung einnehme, sei zudem formal noch nicht beschlossen worden, sagt Wiesmann. Dem widerspricht Roman Rutz, Generalsekretär der Partei. Man habe sich an einem Fokustag, zu dem alle Mitglieder eingeladen waren, eingehend mit dem Thema auseinandergesetzt. Zudem habe es eine Basisbefragung gegeben, an der sich rund 2'000 Mitglieder beteiligt hätten. «Sie hat ergeben, dass mehr als 86 Prozent eine Öffnung der Ehe inklusive Samenspende ablehnen», sagt Rutz. Die Bedenken erklärt er damit, dass bisher nur unfruchtbare Ehepaare die Möglichkeit hatten, dank einer Samenspende Eltern zu werden. Mit dem neuen Gesetzestext habe das Parlament aber den Begriff «Sterilität» zu «unerfülltem Kinderwunsch» umgedeutet. Der EVP-Vertreter warnt davor, dass künftig auch alleinstehende Frauen oder schwule Männer einen solchen geltend machen könnten. «Damit ist unsere rote Linie überschritten.»

Die nächste Delegiertenversammlung ist im Juni angesetzt. Voraussichtlich wird sich die EVP dann nochmals intensiv mit der Vorlage beschäftigen müssen. Wann die «Ehe für alle» an die Urne kommt, ist dagegen noch nicht bekannt.